

Das Wochenmagazin der SPÖ - w



Aktuell

Gastkommentar
von Jana Herwig
zu Social Networks

11. Februar 2011 - Nr. 5 - 0,73 Euro

Neue Mittelschule:

**Nur jeder
sechste
Standort
ist nicht
genug!**



**Wehrpflicht: Experten
stützen SPÖ-Pläne**

Seite 6



**EU: Kanzler schützt
Löhne & Pensionen**

Seite 8

Das Jahr 2011 soll im Zeichen der Bildung stehen, hat die SPÖ-geführte Bundesregierung zu Jahresbeginn betont. Vorausgegangen war dem einhelligen Koalitions-Bekenntnis eine PISA-Studie mit bekanntermaßen unrühmlichen Ergebnissen für Österreichs Schulsystem. Ein Schwerpunkt der Reformen, die für eine gute Zukunft unseres Landes umgesetzt werden sollen, betrifft den Ausbau der Neuen Mittelschule. Bis 2016 sollen stufenweise alle Hauptschulen zu Neuen Mittelschulen werden. Was aber bringt das den jeweiligen Schülern? „SPÖ Aktuell“ erläutert die Vorteile des Schultyps, den künftig der Großteil der Schülerinnen und Schüler besuchen wird.

Die Reform des Bundesheeres bleibt ein Dauerbrenner. Immer mehr Experten sprechen sich für eine Umstellung auf ein Freiwilligenheer aus. Trotzdem zögert der Koalitionspartner noch, mit der SPÖ in einen konstruktiven Dialog über die zukünftige Organisation des Bundesheeres zu treten.

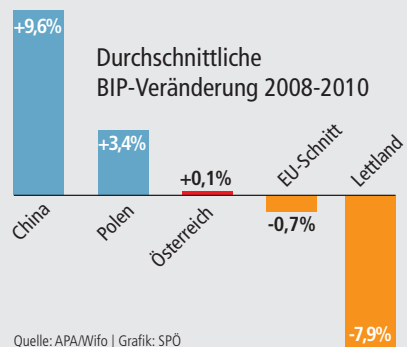
Eure Redaktion

Highlights der Woche

Neue Mittelschule	4
Bundesheer.....	6
EU-Gipfel	8
Kreisky-Serie: Der Nahost-Konflikt	10
„Österreich 2020“-Gastkommentar von Jana Herwig zu Social Networks	14

THEMEN DER WOCHE

Krisenbewältigung im Vergleich



Österreich hat Krise bestens bewältigt

Österreich zählt laut Krisenbilanz des Wirtschaftsforschungsinstituts zu den Top 5-EU-Ländern, die die Wirtschaftskrise am besten bewältigt haben. In der Krisenperiode 2008 bis 2010 ist die Wirtschaft im Schnitt um 0,1 Prozent pro Jahr gewachsen. ♦



Einige EU-Länder könnten beispielgebend eine FTS einführen.

Finanztransaktionssteuer: Koalition der Willigen formiert sich

Der Idee des deutschen Finanzministers, eine Finanztransaktionssteuer (FTS) vor einer gesamteuropäischen Lösung in einigen Ländern einzuführen, kann Finanzstaatssekretär Andreas Schieder einiges abgewinnen. „Das kann ein erster Schritt zur Realisierung einer Finanztransaktionssteuer sein“, so Schieder über eine mögliche „Koalition der Willigen“. ♦



NR-Abgeordnete Petra Bayr, im Bild mit Minister Stöger, kämpft seit zehn Jahren gegen FGM in Österreich.

Mit Information und Aufklärung gegen FGM

Anlässlich des Tages der „Nulltoleranz gegen weibliche Genitalverstümmelung“ kündigt die SPÖ-Sprecherin für Globale Entwicklung, Petra Bayr, für 2011 weitere Aktivitäten der Plattform www.stopfgm.net an: noch mehr Informationsvermittlung und bessere Projektarbeit vor Ort. Am wichtigsten im Kampf gegen FGM (female genital mutilation) sei Information und Aufklärung. Gesundheitsminister Alois Stöger: „Dafür brauchen wir besonders Berufsgruppen wie Ärzte und Hebammen, die Informationen weitergeben.“ Weltweit gibt es rund 155 Millionen Frauen mit Genitalverstümmelung. ♦

Zitat der Woche

„Für einen SPÖ-Regierungschef kann ich das auf den Punkt bringen, länger arbeiten und Löhne runter, das geht nicht.“

Bundeskanzler Werner Faymann beim EU-Gipfel

Kinderschutz: Behörden sollen per Gesetz besser kooperieren

Eine Datenbank und eine gesetzliche Verpflichtung zur Zusammenarbeit sollen künftig ein adäquates Reagieren des Jugendamtes sicherstellen.

Den tragischen Fall des dreijährigen Buben, der mutmaßlich vom Lebensgefährten seiner Mutter erschlagen wurde, nimmt sich die SPÖ zum Anlass, um gesetzliche Rahmenbedingungen anzuregen, die ein Nicht-Eingreifen der Behörden verhindern. SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim fordert ein Behördenkooperationsgesetz sowie eine Jugendwohlfahrtsdatenbank. Alle involvierten Stellen wie Polizei, Staatsanwaltschaft, Spitäler und Jugend-

wohlfahrt sollen sich vernetzen und Informationen austauschen. „Es kann nicht sein, dass man am Ende des Tages erfährt, dass es viele einzelne Feststellungen durch unterschiedliche Behörden gab, aber die Behörden haben nicht zueinander gefunden“, so Jarolim. ♦

SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim will, dass Polizei, Staatsanwaltschaft, Spitäler und Jugendwohlfahrt sich vernetzen.





STANDPUNKT

Warum wir die Wehrpflicht abschaffen sollten

Während die Zukunft der Wehrpflicht in ganz Europa sachlich diskutiert wird, debattiert Österreich in den letzten Wochen nur über Stilfragen und die Kommunikation des Themas. Reden wir lieber über die Inhalte. Zehn Thesen, warum die Wehrpflicht abgeschafft werden sollte.



Das Heer braucht motivierte Profis und keine demotivierten Zwangsverpflichteten, die sinnlose Dienste verrichten.

These 1: Österreich ist von befreundeten Ländern umgeben, der „Kalte Krieg“ findet seit mehr als zwei Jahrzehnten zum Glück nur mehr in den Geschichtsbüchern statt.

These 2: Wir leben in einer gefestigten Demokratie, die von keiner nennenswerten politischen Gruppierung des Landes in Frage gestellt wird. Daher kann die heutige Situation nicht mit jener im Jahr 1934 verglichen. Außerdem ist bei dem Modell von Minister Darabos präferierten Modell eines Freiwilligenheers eine starke Milizkomponente verankert.

These 3: Kriegerische Auseinandersetzungen, in die unser Land hoffentlich nie wieder involviert sein wird, werden heute nicht mehr als Häuserkampf stattfinden, den wir aus Kriegsfilmen kennen. Es wird keine Schützengräben und im Schlamm kriechende Soldaten mehr geben, sondern technisch aufwändige Hightech-Einsätze. Dafür braucht es Spezialisten.

These 4: Auch der Katastrophenschutz braucht Profis, die im Ernstfall sofort zur Stelle sind und jeden Handgriff beherrschen. Dies gilt auch für Bedrohungen wie den internationalen Terrorismus. Weder Friedenseinsätze der UNO noch Rückholaktionen wie aktuell in Ägypten können von Grundwehrdienern durchgeführt werden. Letztere dürfen gar nicht im Ausland zum Einsatz kommen.

These 5: Unser Land ist keine von internationalen Entwicklungen abgekapselte Insel. Andere Länder haben den Zug der Zeit längst erkannt und die Wehrpflicht abgeschafft. Einen Zwangsdienst wie in Österreich gibt es in 22 von 27 EU-Ländern nicht mehr.

These 6: Das Heer braucht motivierte Profis statt demotivierten Zwangsverpflichteten. Es ist schlicht und einfach eine Pflanzerei, junge Menschen bei kargem Lohn ein halbes Jahr lang dazu zu zwingen, unnötige Arbeiten zu verrichten. 24.000 junge Männer werden jährlich zwangsverpflichtet.

„Andere Länder haben den Zug der Zeit längst erkannt und die Wehrpflicht abgeschafft.“

Was lernen sie dabei genau fürs Leben? Das Bett zu machen lernt man hoffentlich zuhause, soziale Kompetenz und Teamwork in der Schule.

These 7: Die Wehrpflicht ist nicht durch eine Verkürzung um einen Monat „reformierbar“. Die Grundausbildung ist schon jetzt viel zu kurz, um ausreichend Wissen vermitteln zu können. Ein effizienter Einsatz der jungen Männer nach ein paar Wochen Ausbildung ist unmöglich. Eine Verkürzung des Dienstes um einen Monat brächte nur noch schlechter ausgebildete Rekruten. Inhaltlich bliebe alles beim Alten: Kasernen kehren, Gewehre reinigen, Autos putzen.

These 8: Die heimische Wirtschaft würde von der Abschaffung profitieren. Viele der 24.000 jungen Männer pro Jahr könnten um sechs Monate früher eine Ausbildung beginnen oder ins Berufsleben einsteigen. Da unsere Volkswirtschaft junge, gut ausgebildete Kräfte braucht, wäre das ein klarer Standortvorteil für unser Land.

These 9: Die Wehrpflicht kostet Geld und ist ineffizient. Junge Männer eignen sich sechs Monate lang Fähigkeiten an, die sie danach nie mehr brauchen. Diese sogenannte Ausbildung ist also letztlich Ressourcenverschwendung.

These 10: Die Wehrpflicht abzuschaffen ist die Grundlage dafür, den Zivildienst auf neue Beine zu stellen. Pflege und andere soziale Leistungen sollen von Menschen erbracht werden, die diese Arbeiten gerne machen und dafür vernünftig entlohnt werden. Sozialminister Rudolf Hundstorfer hat mit dem Sozialjahr bereits ein ausgereiftes Modell vorgestellt. ♦



OTS/Strasser

Erfolgsmodell

HINTERGRUND

Qualitätskriterien für die Neue Mittelschule

Neue NMS-Standorte werden durch eine Approbationskommission des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur bewilligt. Jede Neue Mittelschule muss u.a. folgende Qualitätskriterien erfüllen:

- ▶ Verschränkter Einsatz von AHS-/BHS- und HS-Lehrpersonen
- ▶ Keine Leistungsgruppen
- ▶ Individualisierter Unterricht: Eingehen auf jedes Kind
- ▶ AHS-Lehrplan
- ▶ Umfassende Qualitätssicherung
- ▶ Wissenschaftliche Evaluierung

Mehr als 35.000 Schülerinnen und Schüler profitieren bereits von der Neuen Mittelschule. „SPÖ Aktuell“ bringt alle Fakten zur Neuen Mittelschule und schildert die Vorteile dieses Erfolgsmodells, das jetzt ausgebaut wird.

Mit der Einführung der Neuen Mittelschule (NMS) hat Bildungsministerin Claudia Schmied im Schuljahr 2008/2009 einen Meilenstein für beste und chancengerechte Bildung gesetzt. 67 Schulen in fünf Bundesländern waren es, die am Anfang zu den Pionieren der Neuen Mittelschule gehörten. Heute hat sich diese Zahl aufgrund der großen Nachfrage von Schülerinnen und Schülern, Eltern und Lehrenden fast verfünffacht. In diesem Schuljahr gibt es die Neue Mittelschule – als wichtigen Zwischenschritt zur gemeinsamen Schule der 10- bis 14-Jährigen – österreichweit bereits an 320 Standorten mit rund 35.000 Schülern. Für die SPÖ war von Anfang an klar, dass die Neue Mittelschule ausgebaut

werden muss. Gleich zu Beginn des Jahres 2011, das ganz im Zeichen der Bildung stehen wird, hat Bundeskanzler Werner Faymann klargestellt: „Je mehr Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit haben, die Neue Mittelschule zu besuchen, desto besser für die Zukunft unseres Landes.“

Qualität vor Tempo

Bisher gilt beim Ausbau der Neuen Mittelschule die gesetzlich vorgegebene Obergrenze von zehn Prozent: Das heißt, dass nur maximal zehn Prozent der Klassen bundesweit als Neue Mittelschule geführt werden dürfen. Erst vor kurzem hat sich die ÖVP endlich dazu durchgerungen, ihre Blockadehaltung gegen die NMS aufzuge-

„Die Neuen Mittelschulen sind die Leuchttürme der Bildungsinnovation.“

**Bildungsministerin
Claudia Schmied**

ben. Bildungsministerin Claudia Schmied hält es für machbar, dass bis 2016 stufenweise alle Hauptschulen zu Neuen Mittelschulen werden. Dafür gibt es allerdings zwei wichtige Voraussetzungen: Es braucht eine entsprechende Gesetzesänderung (Aufhebung der 10-Prozent-Grenze) und es braucht Finanzierungssicherheit. Entsprechende Maßnahmen dazu sind in Abstimmung mit dem Regierungspartner und den Landesschulräten in Vorbereitung. Noch vor dem Sommer soll dem Parlament eine Regierungsvorlage zugehen. Außerdem müssen zwei Drittel der Lehrer und Eltern am jeweiligen Standort dem Umstieg zustimmen. Beim Ausbau der Neuen Mittelschule ist aber vor allem eines wichtig:

Eltern nicht erschüttert werden darf. „Denn die Neue Mittelschule ist eine Marke, die wir schützen müssen“, so Schmied. Mit Herbst 2011 sollen daher zuerst jene rund 120 Schulen zu Neuen Mittelschulen werden, die 2010 zwar bereits die Qualitätskriterien (siehe Info-Box) erfüllten, aber wegen der 10-Prozent-Grenze abgelehnt werden mussten bzw. gar nicht angesucht hatten. Bis 2016 können dann stufenweise alle Schulstandorte – Hauptschulen genauso wie Gymnasien – Neue Mittelschulen werden, damit möglichst viele Kinder von den Vorteilen dieses Erfolgsmodells profitieren.

Eine Schule, viele Vorteile

Die Neue Mittelschule ist mit gutem Grund eine Schule, die bei Eltern und Schülern auf enormes Interesse stößt. Denn sie bietet eine Reihe von Vorteilen: Sie macht als wichtiger Zwischenschritt zur gemeinsamen Schule der 10-bis 14-Jährigen endlich Schluss mit der viel zu frühen Selektion unserer Kinder. Denn bei der Trennung im Al-

HINTERGRUND

Sozialpartner unterstützen Bildungsreformen

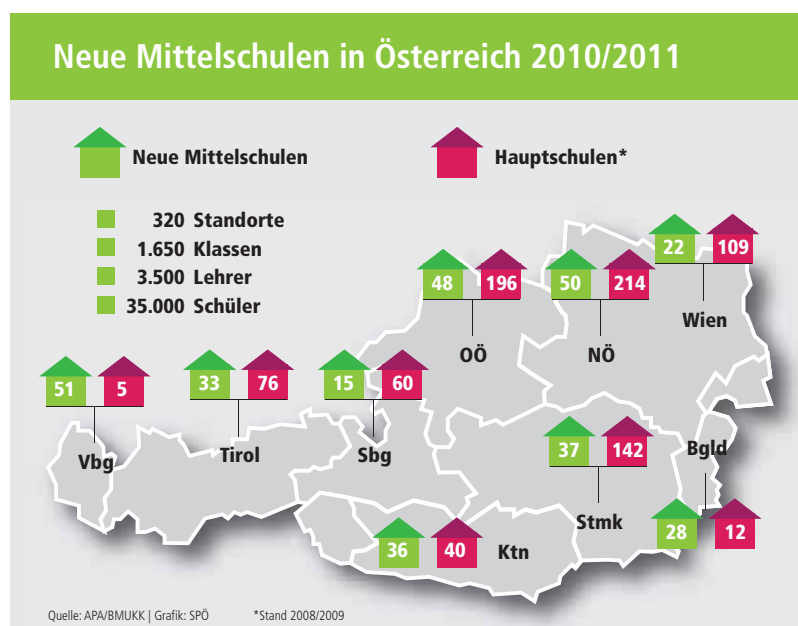
Die Sozialpartner und die Industriellenvereinigung haben vor kurzem ein gemeinsames, 12 Punkte umfassendes Bildungskonzept vorgelegt. Darin unterstützen die Sozialpartner – allen voran Arbeiterkammer-Präsident Herbert Tumpel und ÖGB-Präsident Erich Foglar – die Bildungsreformen von Ministerin Schmied. Zentrale Punkte der Sozialpartner-Forderungen sind u.a. eine neue Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer, ein neues Dienst- und Besoldungsrecht für neu eintretende Lehrkräfte oder der Ausbau der ganztägigen Schulangebote. Die Sozialpartner sprechen sich außerdem für die Ausweitung der Neuen Mittelschule aus, um so die Potentiale der Kinder zwischen 10 und 14 Jahren besser entwickeln zu können. Bildungsministerin Schmied freut sich über die „breite Unterstützung“ der Sozialpartner, die bei der Umsetzung der Reformen „entscheidende Bündnispartner“ sind.

mit Zukunft

Qualität muss vor Tempo kommen. „Die Neue Mittelschule ist eine Leistungsschule. Die Umstellung darf keine Ho-Ruck-Aktion sein“, so Ministerin Schmied, die hier zu bedenken gibt, dass das Vertrauen der

ter von zehn Jahren sind die Begabungen unserer Kinder noch nicht voll erkennbar – viel zu viele Talente gehen dadurch verloren. Außerdem gibt es in der NMS eine neue Lehr- und Lernkultur, bei der das in-

dividuelle Fördern der Schüler im Zentrum steht. Die Neue Mittelschule kennt auch keine starren Leistungsgruppen: Stattdessen werden unsere Kinder in Kleingruppen und offenen Lernformen verstärkt individuell gefördert. Im Unterschied zu Hauptschulen gilt in der NMS der AHS-Lehrplan, die Schulen können inhaltliche Schwerpunkte wählen. Ein weiterer großer Vorteil ist das „Team-Teaching“: In den Hauptfächern Deutsch, Mathematik und Englisch unterrichten sechs Stunden pro Schulwoche jeweils zwei Lehrer gleichzeitig: Ein AHS-/BHS-Lehrer und ein Hauptschullehrer. Das gibt noch mehr Zeit, um die Lernschwächeren bestmöglich zu fördern und die Stärkeren zu fordern. Ein Grund für die Beliebtheit der Neuen Mittelschule liegt auch darin, dass viele NMS als Ganztagschulen bzw. mit einem attraktiven Angebot an Nachmittagsbetreuung geführt werden. All diese Vorteile zeigen: Die Neue Mittelschule bietet beste und faire Voraussetzungen für den weiteren Bildungsweg unserer Kinder. ♦



Die Neue Mittelschule gibt es derzeit bereits an 320 Standorten in ganz Österreich. Damit ist jede sechste Schule der Sekundarstufe I (AHS-Unterstufe, Hauptschule) schon eine Neue Mittelschule.

WEHRPFLICHT/ZIVILDIENT

Reformmotor

Mit den Modellen „Freiwilligenheer“ und „Sozialjahr“ haben Verteidigungsminister Darabos und Sozialminister Hundstorfer den Anstoß für bedeutende Reformen gegeben. Jetzt geht es um eine sachliche Debatte im Sinne der Bevölkerung.

„Ich stehe nicht für Stillstand, sondern für Reformen und das werde ich fortsetzen.“

Verteidigungsminister Norbert Darabos

Knapp vier Wochen sind vergangen, seit Verteidigungsminister Norbert Darabos der Öffentlichkeit sieben mögliche Modelle für die zukünftige Organisation des Österreichischen Bundesheeres präsentiert und seine Präferenz für ein Freiwilligenheer kundgetan hat. Seither dominiert das Thema die Innenpolitikseiten der Tageszeitungen und beansprucht die meisten Sendeminuten in

INFO



SPÖ Burgenland

SPÖ Burgenland: mit T-Shirts, Aufklebern und einer Facebook-Gruppe gegen den Zwangsdienst.

SPÖ Burgenland macht Druck

Die SPÖ Burgenland hat eine Kampagne für das Ende der Wehrpflicht gestartet. Mit Aufklebern und T-Shirts wird für das wichtige Anliegen Stimmung gemacht. „Wir wollen das Freiwilligenheer und wir wollen es bald“, erläutert SPÖ-Landesgeschäftsführer Robert Hergovich den Grund für die pannonische Initiative. Die Facebook-Gruppe zur Kampagne zählte bei Redaktionsschluss bereits 14.000 Unterstützerinnen und Unterstützer. Tendenz weiter steigend.



picturedesk

Verteidigungsminister Norbert Darabos wirbt im Nationalrat für die Vorzüge des Freiwilligenheeres.

Fernsehen und Radio. Die Opposition und auch der Koalitionspartner kommen kaum noch zur Ruhe, sie polemisieren, schimpfen und schmeißen mit Nebelgranaten. „Die Aufregung zeigt, dass mein Reformvorschlag mutig und richtig ist. Jetzt ist es aber an der Zeit, sich mit der Thematik wie-

der sachlich auseinanderzusetzen“, appellierte Darabos in einem Interview mit „SPÖ Aktuell“ für konstruktive Arbeit im Sinne der Sicherheit Österreichs. Für ihn ist klar: Österreichs Sicherheit ist am besten mit der Umstellung auf ein Freiwilligenheer gedient.

SPÖ

Zurück zu den Fakten

Gesagt, getan. Egal ob im Landesverteidigungsausschuss oder bei einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats, bei der Sondersitzung des Nationalrats oder im Einzelgespräch: Der Verteidigungsminister wird nicht müde, für die Vorzüge des Freiwilligenheeres zu werben und Überzeugungsarbeit zu leisten. „Ich stehe nicht für Stillstand, sondern für Reformen und das werde ich fortsetzen“, bekräftigt Darabos seine Linie. Die Argumente hat Darabos dabei klar auf seiner Seite. Schließlich bringt die Umstellung auf ein Freiwilligenheer Verschlankung und Professionalisierung mit sich, die angesichts der neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen dringend nötig sind. Die klassische Landesverteidigung wurde als Kernaufgabe des Bundesheeres abgelöst. Terrorismusbekämpfung, Katastrophenschutz, das Evakuieren von österreichischen Bürgern aus Krisenregionen – so sehen die zukünftigen Aufgaben des Bundesheeres aus. Dafür braucht es motivierte Profis, keine zwangsverpflichteten Präsenzdienner. Mit einem Freiwilligenheer können alle denkbaren Aufgaben – vom Katastrophenschutz, über Luftraumüberwachung bis hin zu Auslandseinsätzen und sicher-

heitspolizeilicher Assistenz – gewährleistet werden.

5 Monate sind keine Alternative

Von einer Verkürzung des Wehrdienstes – wie von verschiedenen Seiten als Gegenvorschlag gebracht – hält Darabos nichts. Und befindet sich damit im Einklang mit namhaften Experten. Gerald Karner meint dazu: „Fünf Monate ist überhaupt nicht sinnvoll und das scheint mir eigentlich sehr populistisch. Das würde das Siechtum des

„Führt man die heutigen Einsatzrealitäten vor Augen, wird schnell deutlich, dass ein Freiwilligenheer diesen Herausforderungen wesentlich besser gewachsen ist als eine wehrpflichtige Armee.“

**Björn Seibert,
Wissenschaftler des Department of
Government der Harvard University**

Bundesheeres nur weiter prolongieren.“ Ins selbe Horn stößt Erich Reiter vom Internationalen Institut für Liberale Politik: „Das wäre vielleicht eine kleine Linderung, aber nicht eine Behebung des Problems, dass unsere Form des Wehrdienstes unsinnig ist.“ Für den Harvard-Wissenschaftler Björn Seibert ist „die Umstellung auf ein Freiwilligenheer ein schwieriger, aber richtiger und letzten Endes unumgänglicher Schritt“, wie er im derStandard.at-Interview betonte. Auch er weiß um die neuen Herausforderungen denen sich das österreichische

Heer stellen muss. „Wenn man sich die heutigen Einsatzrealitäten vor Augen führt, dann wird schnell deutlich, dass ein Freiwilligenheer diesen Herausforderungen wesentlich besser gewachsen ist als eine wehrpflichtige Armee“, so Seibert.

Sozialjahr statt Zivildienst

Auch über das mit dem Ende der Wehrpflicht einhergehende Aus für den Zivildienst wurde viel und emotional diskutiert. Das von Sozialminister Rudolf Hundstorfer präsentierte Konzept für ein Sozialjahr auf freiwilliger Basis und mit angemessener Entlohnung stellt hier einen Meilenstein dar. Es handelt sich dabei immerhin um die erste Initiative, die das österreichische Sozialsystem von seiner Abhängigkeit von Zwangsverpflichteten befreien würde. Der Vorschlag ist auch was die Kosten betrifft interessant. „Wer das soziale Jahr absolviert, zahlt Lohnsteuer. Daraus resultieren Einnahmen auf Bundesseite, die die Kosten des Modells minimieren“, erläutert der Sozialminister. Die Finanzierbarkeit des Modells steht somit außer Streit. Die Zahlen, die dem präsentierten Modell zugrunde liegen, wurden auf Grundlage jener Zahlen berechnet, die vom Innenministerium und von Trägerorganisationen stammen. Auch führt der Sozialminister intensive Gespräche mit den Trägerorganisationen. Um die in den Gesprächen gewonnenen Vorschläge und Anregungen der Trägerorganisationen einbeziehen zu können, sollen weitere Varianten seriös und detailliert durchgerechnet werden. ♦

ZUM THEMA

Jugend für das Ende der Wehrpflicht

Hört man sich bei Österreichs jungen Burschen um, wird eines schnell klar: Die Wehrpflicht hat sich überholt, es wird Zeit damit Schluss zu machen.

„Die Wehrpflicht in der jetzigen Form ist nicht mehr zeitgemäß. Aus meiner Zeit beim Bundesheer weiß ich, dass der Großteil der Rekruten eigentlich nichts zu tun hat. Die Ausbildung zum Sanitäter, die ich gemacht habe, war zwar interessant, aber ich konnte davon eigentlich nichts anwenden. Für mich bleibt der Grundwehrdienst eine gestohlene Zeit.“

Simon Guggi, 20, Steiermark

„Das Bundesheer mit dem Präsenzdienst in dieser Form halte ich nicht für sinnvoll. Ich erlebe als Grundwehrdiener täglich, dass die Rekruten als Putztrupp verwendet werden oder

schlicht nichts machen können. Das ist frustrierend. Ich bin mir sicher, dass das Bundesheer mehr könnte, als es derzeit kann. Mit einem Freiwilligenheer könnten bessere Jobs geschaffen werden und die Leute würden auch besser arbeiten können.“

Konrad Neuwirth, 20, Wien

„Meines Erachtens ist die Abschaffung der Wehrpflicht die einzig zielführende Lösung, um das marode System zu erneuern. Ich sehe keinen Sinn darin, junge Menschen für sechs Monate zu einem Militärdienst zu verpflichten, da beinahe alle Nachbarländer Österreichs auf ein



Ein Ende der Wehrpflicht bringt 24.000 jungen Männern sechs zusätzliche Monate für Ausbildung und Berufseinstieg.

Freiwilligenheer umgestellt haben. Jedoch müssen die Reformvorschläge durchdacht sein, um eine gute Basis für die Zukunft zu schaffen.“

Dominik Grosch, 16, Niederösterreich

EUROPA

Keine EU-Eingriffe in Lohnpolitik und Pensionsalter

Beim EU-Gipfel in Brüssel sprach sich Bundeskanzler Werner Faymann gegen Eingriffe der EU in Lohnverhandlungen und das Pensionsantrittsalter aus.

In Österreich fahren wir sehr gut damit, dass Tarifverhandlungen Sozialpartnersache sind“, betonte Faymann beim EU-Gipfel. Den von Deutschland und Frankreich vorgeschlagenen Wettbewerbsfähigkeitspakt zur wirtschaftlichen Koordinierung der Eurozone kann man „grundsätzlich diskutieren“, sagte der Kanzler, machte aber deutlich, dass es falsch sei, in Lohnverhandlungen einzugreifen.

Die EU müsse die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Europa regeln und sich um Konkurrenzfähigkeit in den Bereichen Forschung, Entwicklung und Bildung bemühen. Weitere Überlegungen dazu werden auf einer Sondersitzung der Euroländer im März erfolgen. Hannes Swoboda, Vizepräsident der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament, begrüßt die Richtungsentscheidung, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu stärken. Entscheidend sei aber, „dass Lohn- und Gehaltspolitik zwar im Euroraum aufeinander abgestimmt, aber deswegen



Bundeskanzler Werner Faymann beim EU-Gipfel im Gespräch mit EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso.

nicht zentralisiert und den Sozialpartnern aus der Hand genommen werden soll“.

Man müsse unterschiedliche nationale Wege und Traditionen akzeptieren. ♦

ARBEIT

Härtere Maßnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping

Um optimal auf die Öffnung des österreichischen Arbeitsmarktes für osteuropäische Arbeitskräfte vorbereitet zu sein, wird mit Mai 2011 ein Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping in Kraft treten.



Die im Regierungsprogramm vorgesehenen Maßnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping werden von der Bundesregierung konsequent umgesetzt.

Ab dem 1. Mai 2011 enden die Übergangsfristen: Der österreichische Arbeitsmarkt wird für Polen, Tschechen, Slowaken, Ungarn, Slowenen, Esten, Letten und Litauer geöffnet. Um Lohn- und Sozialdumping zu verhindern, hat das Arbeitsministerium einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der das Unterlaufen kollektivvertraglich festgesetzter Löhne unterbinden und die Einhaltung der gesetzlichen Arbeitsbedingungen sichern soll. So wird etwa der Strafraum für Verletzungen des Kollektivvertrags erhöht und die Prüforgane sowie die KIAB (Kontrolle der illegalen Arbeitnehmerbeschäftigung) ausgebaut.

„Mit dem vorliegenden Entwurf zur Kontrolle des Mindestentgelts und Sanktionierung der Unterentlohnung durch den Arbeitgeber mit einer Verwaltungsstrafe sowie Entgeltnachzahlung werden entsprechend wirksame und zielführende Maßnahmen gesetzt“, so SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits.

Der Abbau von Lohndumping schafft bis zu 4.000 zusätzliche Arbeitsplätze und vermindert so auch Arbeitslosigkeit. Geringere Arbeitslosigkeit und mehr reguläre Beschäftigungsverhältnisse haben einen verminderten Aufwand für Arbeitslosengeld und höhere Beitragseinnahmen zur Folge. ♦

ORTSTAFELN

Lösung rückt näher

Annäherungen in vielen Bereichen brachte das Treffen von Staatssekretär Josef Ostermayer mit Kärntens Landeshauptmann Dörfler und Volksgruppenvertretern.

Ein Konsens in der mittlerweile seit den 1970er Jahren andauernden Diskussion rund um die „Ortstafelregelung“ in Kärnten scheint in greifbare Nähe zu rücken. Für Bundeskanzler Werner Faymann stand in dieser Thematik immer fest, dass es eine gemeinsame Lösung mit Kärnten braucht. Sein klares Ziel ist dabei, dass die Ortstafelfrage noch in dieser Legislaturperiode, wenn möglich 2012 gelöst wird. Dieser gemeinsamen Lösung ist Staatssekretär Josef Ostermayer nun im jüngsten, äußerst konstruktiven Gespräch mit Kärntens Landeshauptmann Dörfler und Volksgruppenvertretern einen großen Schritt näher gekommen.



picturedesk

Staatssekretär Josef Ostermayer ist optimistisch, dass nach den in der Gesprächsrunde erzielten Einigungen in Bälde ein breiter Konsens erreicht wird.

Keine Minderheitenfeststellung – Lösung bis 2012

Demnach steht außer Streit, dass von einer neuerlichen Minderheitenfeststellung – dies bezeichnet die Feststellung der An-

zahl der Personen, die sich beispielsweise der slowenischen Umgangssprache bedienen – Abstand genommen wird. Wichtig ist Ostermayer, dass es innerhalb des Zeitraumes, den Bundeskanzler Faymann

vorgegeben hat, eine für alle Beteiligten gute und faire Lösung gefunden wird. „Das ist sowohl im Sinne der Bevölkerung als auch im Sinne der Verhandler“, so Ostermayer. ♦

JUSTIZ

Verfahren 1. und 2. Klasse

Bandion-Ortner wird den Geruch der Zweiklassen-Justiz nicht los. SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim sieht nach wie vor ein Ungleichgewicht bei der Behandlung verschiedener Justizfälle.

In einer Unzahl von sattsam bekannten Wirtschaftsfällen – zahlreiche davon haben in der schwarzblauen Wende-regierung ihren Anfang genommen – fehlen nach wie vor das Personal und der Elan, um eine zügige Aufklärung voranzutreiben“, so SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim. In der Causa Buwog/Grasser sind, nachdem der äußerst ambitionierte Staatsanwalt Norbert Haselhofer abhanden gekommen ist, die Ermittlungen ins Stocken geraten. Das ist nun schon über ein Jahr her. Zu erinnern ist auch an die „zufällige“ Verjährung von Akten wie im Falle des Ex-ÖVP-Ministers Strasser. Oder an die Tatsache, dass mit der Causa Hypo-Alpe-Adria lange Zeit gerade einmal ein Staatsanwalt befasst war und es dem Einschreiten der Korruptionsstaatsanwaltschaft zu verdanken ist, dass die Erhebungen um das 18-



Bilderbox

Die SPÖ kritisiert das mangelnde Engagement der Justizministerin bei der Personal-Aufstockung der Korruptionsstaatsanwaltschaft.

seitige Gutachten eines Kärntner Wirtschaftsprüfers um 12 Mio. Euro in der Hypo-Alpe-Adria nicht eingestellt wurde. Demgegenüber stehen Verfahren, die mit einem unverhältnismäßigen Mitteleinsatz betrieben werden, etwa die Tierschutzcausa (umfangreiche, jahrelange Ermittlungen unter

Einsatz von Peilsendern, Observationen, verdeckten Ermittlern, Lauschangriffen und vielem mehr).

„Justizministerin Bandion-Ortner hat als oberste Chefin der Staatsanwaltschaft dafür Sorge zu tragen, dass nicht einmal der Anschein entsteht, dass Delikte wegen Verbindungen in die Politik nicht oder gerade deswegen verfolgt werden“, so Jarolim. Damit in den bekannten Verfahren unabhängig und mit entsprechenden Ressourcen ermittelt wird, muss sie ihre Führungsaufgabe wahrnehmen, Ressourcen bündeln und das notwendige Personal in den heiklen Fällen zur Verfügung stellen. Bis jetzt aber wurden von Bandion-Ortner nicht einmal die beiden im Sommer gesetzlich beschlossenen zusätzlichen Staatsanwaltschafts-Posten in der Korruptionsstaatsanwaltschaft besetzt. ♦



Brennpunkt Naher Osten

In der Nahost-Frage war Bruno Kreisky ein geschätzter und weit vorausdenkender Experte und Vermittler, der nach Lösungen und Wegen für einen nachhaltigen Frieden suchte.

7. Juli 1979: Der Mann mit der charakteristischen Kopfbedeckung wurde mit allen Ehren, fast wie bei einem Staatsbesuch, empfangen. Es war ein gewagter Schritt Bruno Kreiskys: Die Kritik über den pompösen Empfang des PLO-Chefs Jassir Arafat war groß, auch innerhalb der Sozialistischen Internationale (SI). Vor allem Shimon Peres sprach sich vehement gegen eine Annäherung der SI an den PLO-Führer aus – eine Haltung, die der damalige Chef der Arbeiterpartei und heutige Präsident Israels später geändert hat. Bei einem Israel-Besuch Bundeskanzler Werner Faymanns letztes Jahr bekräftigte Peres, dass Kreiskys Versuch einer Einbindung dazu beigetragen habe, dass Arafat konzilianter geworden sei. Ähnliches würde er sich heute im Zusammenhang mit der Hamas wünschen.



Votava

Ein Durchbruch: Erstmals kann sich der PLO-Chef eine Friedenslösung vorstellen, die die gesicherte Existenz Israels mit einschließt. (Arafat, Kreisky und Brandt in Wien 1979)

„Ich möchte durch mein Wirken in bescheidenster Weise Gutes tun, indem ich versuche, Möglichkeiten für einen Frieden geistig zu erfassen. Schaffen kann ich ihn natürlich nicht.“

Bruno Kreisky in seinen Memoiren

Fact Finding Mission

Dem legendären Nahost-Engagement Bruno Kreiskys vorausgegangen war eine Geiselnahme und eine Affäre um ein Glas Wasser. Am 28. September 1973 überfielen Palästinenser einen aus der UdSSR kommenden Zug mit 37 nach Israel auswandernden Juden und schlugen sich mit drei Juden und einem österreichischen Zöllner als Geiseln zum Flughafen Schwechat durch. Kreiskys Position im Zusammenhang mit Terrorismus war eindeutig – unter allen Umständen sind Menschenleben zu schützen: „Wenn man die Juden retten

will, so muss man bei denen anfangen, die aktuell gefährdet sind.“ Kreisky erklärte sich daher bereit, auf die Forderungen der Geiselnahmer einzugehen und das Transitlager Schönau zu schließen – ein Lager, das ihm aufgrund der restriktiven Führung durch die Jewish Agency ohnehin ein Dorn im Auge war. Denn Kreisky wollte, dass die sowjetischen Juden, die nach Österreich kommen, frei entscheiden können, ob ihre künftige Heimat Israel oder ein anderer Staat sein sollte. Sofort reiste die israelische Ministerpräsidentin Golda Meir wutentbrannt nach Wien. Sie musste zur Kenntnis nehmen, dass Kreisky zwar versicherte, dass Österreich weiterhin als Transitland zur Verfügung stehen werde – unter dem Schutz des Roten Kreuzes – Schönau aber, wie vereinbart, geschlossen wird. Daraufhin behauptete Meir gegenüber der internationalen Presse zornig, sie habe vom österreichischen Bundeskanzler „nicht einmal ein Glas Wasser bekommen“ – eine Erfindung. Wenige Wochen danach regte Golda Meir vor dem Hintergrund des Jom-Kippur-Krieges ein SI-Treffen an und ließ Kreisky anrufen, der trotz der Affäre rund um das Glas Wasser sofort zusagte, die Konferenz in Gang zur bringen. Der

spätere israelische Handelsminister Micha Harish, damals enger Mitarbeiter Golda Meirs, schlug in Folge vor, dass Bruno Kreisky einer Nahost-Fact Finding Mission der SI vorstehen sollte – denn er könne mit beiden Seiten gut kommunizieren.

Im März 1974 kam es zum ersten Treffen mit Arafat. Im Gegensatz zu seinen Begegnungen mit dem ägyptischen Präsidenten Anwar el-Sadat, der Kreisky sehr beeindruckte, betrachtete er Arafat durchaus kritisch. Schließlich bejahte der PLO-Chef erst beim Wiener Treffen 1979 das Existenzrecht Israels. Aber Kreisky setzte sich von Anfang an dafür ein, dass es einen eigenen Palästinenser-Staat geben sollte – eine Position, die auf wenig Gegenliebe in Israel und den USA stieß. Kreiskys Skepsis bezüglich des Camp-David-Friedensabkommens zwischen Israel und Ägypten lag darin begründet, dass er die Lösung der Palästinenser-Frage als Voraussetzung für eine nachhaltige Nahost-Lösung ansah. „Kreisky war mit seiner Vision zu früh dran – heute stimmt jeder damit überein, dass es einen palästinensischen Staat geben sollte“, meinte Ex-US-Außenminister Henry Kissinger annähernd 35 Jahre später in einem Interview. ♦

IM NÄCHSTEN HEFT

Kreiskys Vollbeschäftigungspolitik

Roman

Allmen und die Libellen

Der neue Roman von Martin Suter ist die Geburt eines ungewöhnlichen Ermittlerduos und einer wunderbaren Krimiserie.

Allmen, eleganter Gentleman, Kunstsammler und charmanter Hochstapler, ist über die Jahre in die finanzielle Bredouille geraten. So schlecht er mit Geld umgehen kann, so virtuos beherrscht er aber den Umgang mit Schulden und Gläubigern. Insbesondere die diskrete Geschäftsbeziehung zu einem Antiquitätenhändler hilft ihm wieder auf die Beine. Bis ihn nach einem alkoholischen Opernabend Jojo, eine geheimnisvolle junge Frau, in die Villa ihres Vaters abschleppt und er dort eine Samm-

lung von fünf bezaubernden Jugendstil-Schalen entdeckt, jede ein kleines Vermögen wert. Allmen und sein Faktotum Carlos kommen auf eine Geschäftsidee: eine Firma für die Wiederbeschaffung von schönen Dingen. Eine Herausforderung, an der er wachsen kann – oder die ihn das Leben kosten kann. „Jeder meiner Romane ist eine Hommage an eine literarische Gattung. Dieser ist eine an den Serienkrimi, Fortsetzung folgt“, erklärt Suter. Man darf gespannt sein. ◆

Finanzkrise

The Big Short

Dieser Nr.1-Bestseller aus den USA wird einmal zu den wichtigsten Büchern über die globale Finanzkrise zählen.

Das Geld ist nicht weg – es hat nur ein Anderer. Das gilt auch für die jüngste und heftigste Finanzkrise seit 80 Jahren. Unmittelbar bevor der US-Immobilienmarkt 2007/08 zusammenbrach, hatten findige Hedgefonds-Manager auf das Platzen dieser Blase gewettet und damit viel Geld verdient. Was sich damals hinter den Kulissen der Wall Street abspielte, erzählt Michael Lewis in „The Big Short“. Darin berichten Investmentbanker, wie sie andere Geldhäuser düpiert haben und damit viel Geld

verdienen konnten. Der reportagenähnliche Stil lässt das Sachbuch des Autors zum Krimi werden. Lewis liefert einen Einblick bis in den Lebensalltag, in die Mikroebene der ökonomischen Weltanschauung in einem Bereich, mit dem sich sogar viele Wirtschaftswissenschaftler schwertun. Das gelingt ihm hervorragend, weil er die Geschichten von Investoren nachvollziehbar nachzeichnet und weil er die Akteure nicht auf das Handeln in einem Bereich des riesigen Finanzmarktes reduziert. ◆

Kriminalfall

Tatort Hypo Alpe Adria

Richard Schneider deckt mit bisher unbekannten Details das Ausmaß eines der größten Finanzskandale Europas auf.

Überforderte Banker, chaotische Zustände, mangelnde Kontrolle und Überheblichkeit – eine verhängnisvolle Allianz von Inkompetenz und Impertinenz hat die Kärntner Hypo-Group Alpe Adria an den Rand des Ruins geführt. Falsche Bilanzen, zweifelhafte Bankprüfer und korrupte Politiker ließen das Geschehen jahrelang unentdeckt. Inzwischen ermitteln am Tatort Hypo Alpe Adria Geheimdienste wie die CIA, vier Staatsanwaltschaften, die Soko Hypo, eine „CSI Hypo“, und ein Münchner

Untersuchungsausschuss. Dieses Buch beschreibt, warum die sechstgrößte Bank notverstaatlicht werden musste. Und es nennt all jene, die an diesem spektakulären Kriminalfall, der weit über den Rahmen eines Finanzskandals hinausgeht, profitiert haben. Schneider, der als freier Journalist u.a. für „Die Zeit“ und „Format“ seit Jahren die Vorgänge um die Hypo verfolgt, deckt mit bisher unbekannten Details das Ausmaß der Verflechtung zwischen Politik, Wirtschaft und Kriminalität auf. ◆

☐ Stk.


Martin Suter:
Allmen und die Libellen.
Diogenes Verlag, Zürich 2011;
197 S., 19,50 €

☐ Stk.


Michael Lewis:
The Big Short.
Campus Verlag, Frankfurt 2010;
317 S., 25,60 €

☐ Stk.


Richard Schneider:
Tatort Hypo Alpe Adria
Residenz Verlag,
München 2011;
285 S., 23,90 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der Buchhandlung Löwelstraße

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



WIEN

Bessere finanzielle Absicherung für Kinder



Um die finanzielle Situation von einkommensschwachen Familien zu verbessern, erhöht Wien ab 1. März 2011 die Mindestsicherung für Kinder.

Seit dem ersten September 2010 gibt es die Wiener Mindestsicherung. Die Höhe orientiert sich an der Mindestpension und beträgt für Einzelpersonen 744 Euro netto monatlich. Paare erhalten 1.116 Euro. Familien mit Minderjährigen steht außerdem eine zusätzliche Unterstützung für jedes Kind zu Verfügung. Der Mindestsatz lag hier bislang bei 134 Euro.

Fotolia



Familien mit minderjährigen Kindern erhalten in Wien bald 70 Euro mehr Mindestsicherung pro Monat und Kind.

50 Prozent mehr Mindestsicherung

Um die finanzielle Situation von einkommensschwachen Familien mit Kindern – insbesondere von Alleinerziehenden und Mehrkindfamilien – zu verbessern, erhöht Wien diesen Mindestsatz

„203 Euro Mindestsicherung für Kinder – das ist in Österreich der absolute Spitzenwert.“

Wiener SPÖ-Landesparteiensekretär, LAbg. Christian Deutsch

ab März um 50 Prozent auf 203 Euro. „Das ist in Österreich der absolute Spitzenwert“, betont der Wiener SPÖ-Landesparteiensekretär, LAbg. Christian Deutsch. Mit der Erhöhung des Richtsatzes im Wiener Mindestsicherungsgesetz stehen allen Kindern damit rund 70 Euro mehr pro Monat zur Verfügung. Gerade für Alleinerziehende und kinderreiche Familien stellt dies eine wichtige Entlastung dar. „Diese Maßnahme verbessert die finanzielle Situation von rund einem Drittel der Fälle in der Mindestsicherung“, macht Deutsch klar. ♦

NIEDERÖSTERREICH

Plastiksackerl? Nein, danke



Rund 350 Millionen Plastik-Sackerln landen in Österreich jedes Jahr im Müll. LAbg. Günther Leichtfried ist daher für ein „plastiktaschenfreies Niederösterreich“.

Von den 7.000 Tonnen an Plastiktragtaschen, die in Österreich jedes Jahr in Umlauf kommen, landet der größte Teil auf Mülldeponien, wo es rund 400 Jahre dauert, bis sie vollständig verrottet sind. SPNÖ-Klubobmann und Wieselburger Bürgermeister Günther Leichtfried hat diesem Plastik-Wahnsinn nun den Kampf angesagt. „Wir müssen so verantwortungsbewusst wie möglich mit Kunststoff umgehen“, fordert Leichtfried. Umweltfreundliche Stoff- und Papiertaschen seien schon lange „die bessere Lösung“. Die Stadtgemeinde Wieselburg will hier mit gutem Beispiel vorangehen. Ein Plastiktaschenverbot soll ein „umweltpolitisches Zeichen für die Zukunft und die nach-

folgenden Generationen“ setzen, so Leichtfried. ♦



In Wieselburg sollen auf Initiative von Bürgermeister Günther Leichtfried Tragtaschen aus Stoff und Papier die Plastik-Sackerln ersetzen.

STEIERMARK

Flugrettung gesichert



LH Franz Voves bedankt sich für das große Engagement der steirischen Flugrettung und sichert deren Weiterführung zu.

„Auch außerhalb ihrer unmittelbaren beruflichen Verpflichtung haben die steirischen Flugretter es zu ihrer Aufgabe gemacht, in Not geratenen Menschen qualitativ hochwertige Hilfe zu leisten“, betonte Landeshauptmann Franz Voves und bedankte sich mit der Verleihung des Verdienstkreuzes des Landes an besonders engagierte Mitarbeiter. Über die Zukunft der steirischen Flugrettung war in den letzten Monaten viel spekuliert worden, da der Vertrag zwischen ÖAMTC, Bund und Ländern mit 31. Dezember 2010 auslief. Voves sicherte der Flugrettung nun die Weiterführung zu: „Egal, wie der Bund entscheidet. Am bestehenden Rettungssystem wird nicht gerüttelt. Das Land wird sicherstellen, dass die Crews von ÖAMTC, Rotem Kreuz und Bergrettung weiterarbeiten können.“ ♦



Die zwei Hubschrauber der steirischen Flugrettung sind im Notfall schnell vor Ort.

picturedesk

TIROL

Lienz: Blanik ist neue Bürgermeisterin



Machtwechsel in Osttirol: Erstmals in der Geschichte der Dolomitenstadt wird eine Sozialdemokratin das höchste Amt in Lienz übernehmen.

Die 45-jährige Landtagsabgeordnete und stv. Tiroler SPÖ-Vorsitzende Elisabeth Blanik setzte sich am Sonntag bei der Wiederholung der Bürgermeisterstichwahl mit einem Vorsprung von über 700 Stimmen deutlich gegen den langjährigen ÖVP-Amtsinhaber Hibler durch. Die Wahlwiederholung war notwendig geworden, nachdem der Verfassungsgerichtshof den ersten Wahlgang im März 2010 aufgehoben hatte, da die Gemeinde unzulässigerweise sieben Prozent der Wahlkarten nach telefonischem Antrag bzw. ohne Vollmacht ausgegeben hatte. Blanik, die

im Zivilberuf Architektin ist, gilt in Lienz als umgängliche „Powerfrau“. Sie selbst erklärt sich ihren eindrucksvollen Wahlerfolg unter anderem durch das Unbehagen in der Stadt über die jahrelange ÖVP-Dominanz. „Es war spürbar, dass sich die Lienzerinnen und Lienzer Machtgleich und Gegenkontrolle wünschen“, so Blanik. Tirols SPÖ-Vorsitzender Hannes Gschwentner freut sich mit der neuen Bürgermeisterin: „Die Lienzer Bevölkerung hat sich für eine Kandidatin mit Herz und Sachverstand entschieden und der Freunderlwirtschaft und Abgehobenheit des bisherigen Bürgermeisters eine Absage erteilt.“

Die Wahlbeteiligung lag mit 68 Prozent über jener des ersten Wahlgangs. Blanik erhielt 3717 Stimmen, das sind 55,3 Prozent. „Ein Frühlingserwachen für unsere südlichste Bezirkshauptstadt“, wie

Gschwentner sagt. Eine „Riesenfreude“ hat auch die Vorsitzende der SPÖ Frauen Tirol, NR-Abg. Gisela Wurm. „Mit Elisabeth Blanik hat nun eine zweite Stadt in Tirol eine SPÖ-Bürgermeisterin das ist ein schönes Signal für die Frauen in Tirol.“



SPÖ Tirol

Elisabeth Blanik ist die erste SPÖ-Bürgermeisterin in Lienz.

SALZBURG

Mehr Sicherheit auf Salzburger Skipisten



Sportreferent LHStv. David Brenner startete das Aktionsprogramm „Pisten.Sicher!“ in Obertauern.

„Salzburg ist ein absolutes Wintersportland mit rund 3.000 Pistenkilometern. Als Sportreferent ist mir wichtig, dass der Spaß im Vordergrund steht und möglichst alle die Skipisten auch wieder gesund verlassen. Leider ereignen sich pro Jahr rund 13.000 Unfälle, nach denen die Sportler in Spitälern behandelt werden müssen. Deshalb starten wir jetzt das mehrjährige Aktionsprogramm „Pisten.Sicher!““ So fasste Brenner die Motivation für die Aktion „Pisten.Sicher!“ zusammen. Auftakt dazu war am 5. Februar ein Pistensicherheitstag in Obertauern. Gemeinsam mit dem Kuratorium für Verkehrssicherheit, Wüstenrot und weiteren Partnern habe man es sich zum Ziel gesetzt, die Zahl jener Pistenunfälle, die mit einem Krankenhausaufenthalt enden, in den nächsten drei Jahren um zumindest fünf Prozent zu senken.



Neumayer

Das Programm „Pisten.Sicher!“ startete in Obertauern. V.l.: Helmi, LHStv. David Brenner.

KÄRNTEN

Das Tanzparkett leuchtet rot



SPÖ-Landespartei-vorsitzender LHStv. Peter Kaiser besuchte den Arbeiterball der SPÖ in Mittlern.

Zum 28. Mal veranstaltete die SPÖ Mittlern ihren traditionellen Arbeiterball. Und wie schon in den letzten Jahren platzte das Gasthaus Suschnig auch diesmal aus allen Nähten. Organisatorin Waltraud Komar durfte sich nicht nur über ein volles Haus und eine tolle Stimmung, sondern auch über zahlreiche Ehrengäste freuen. Neben Peter Kaiser folgten unter anderen SPÖ-Bezirksvorsitzender LAbg. Jakob Strauss und Bürgermeister Gottfried Wedenig der Einladung. „So stark und selbstsicher wie die SPÖ-Mandatare auf dem glatten Tanzparkett auftreten, so stark wird die SPÖ in Zukunft auch wieder auf der politischen Ebene auftreten“, ist LHStv. Peter Kaiser überzeugt.



SPÖ Kärnten

LHStv. Peter Kaiser, Altbürgermeister Pepe Pfeifer, Bgm. Gottfried Wedenig, LAbg. Jakob Strauss und Organisatorin Waltraud Komar freuten sich mit der Jugend über einen gelungenen 28. Arbeiterball der SPÖ Mittlern.



Lendl

Soziale Netzwerke: Risiken und Chancen

Die Zeiten, in denen im Internet zu kommunizieren den Verdacht sozialer Inkompetenz nach sich zog, sind vorbei: Soziale Netzwerke sind im Mainstream angekommen.

„Ob ein Anliegen im Social Web Resonanz findet, ist auch ein Barometer für dessen Relevanz im sogenannten wirklichen Leben.“

O b Facebook, StudiVZ, Netlog oder Xing: Auch wenn Jugendliche die Netzwerkangebote am intensivsten nutzen – in Österreich loggt sich mehr als die Hälfte täglich ein –, sind mittlerweile alle Altersgruppen auf den Social Networks vertreten.

Die Beziehungen zwischen Menschen werden nicht nur von Informationstechnologie erfasst, sie werden auch unterstützt: Von positiven Erlebnissen wie dem Wiederfinden der alten Schulfreundin oder dem Aufleben eines Dialogs mit entfernten Bekannten können viele berichten. Auf politischem Terrain faszinierte vor zwei Jahren die Kampagne Barack Obamas mit ihrem prägenden Einsatz von Social Media – bis heute empfangen über 18 Millionen Menschen auf Facebook Updates vom US-Präsidenten.

Wo Informationstechnologie waltet, da fallen auch Daten an: Social Networks sind nicht nur Beziehungsmaschinen, die Kontakte aus beruflichen, privaten und familiären Kontexten auf sammeln, analysieren und z.B. Vorschläge zur Erweiterung des Freundeskreises unterbreiten. Social Networks sind auch Unternehmen, deren Geschäftsmodell einerseits auf Daten setzt, die die Userinnen und User selbst generieren, und andererseits auf die Aufmerksamkeit, die sie dort investieren.

Die aktuelle Social Media Revolution ist damit nicht allein gekennzeichnet durch eine zunehmende Mediatisierung des Alltags – immer mehr Aspekte des Lebens werden durch immer neue Medien formatiert und medial vermittelt erlebt –, sondern auch durch die Rolle, die kommerzielle Anbieter dabei spielen, bei der alltäglichen Pflege persönlicher Beziehungen ebenso wie in der



Fotolia

Die aktuelle Social Media Revolution ist gekennzeichnet durch eine zunehmende Mediatisierung des Alltags und durch die Rolle, die kommerzielle Anbieter dabei spielen.

professionellen und der politischen Kommunikation. Fallen bei Facebook die Server aus, steht auch bei den Agenturen ein Teil der Arbeit still – notgedrungen.

Eine Entscheidung gegen Social Networks mag sich vor diesem Hintergrund nobel ausnehmen, doch ist sie in der Praxis schwach vertretbar: Social Networks sind auch die Themenmärkte des vernetzten Zeitalters, effektive Plattformen für die Vernetzung Gleichgesinnter, keine Parallelwelt, sondern Spiegel und Fortsetzung dessen, was auch offline stattfindet. Ob ein Anliegen im Social Web Resonanz findet, ist auch ein Barometer für dessen Relevanz im sogenannten wirklichen Leben.

Wie die „Versuchungen zu sozialen Netzwerken“ aufzeigten, sind Risiken und Chancen auch in diesem medienkulturellen Wan-

del im Tandem verbunden. Abseits der Dominanz kommerzieller Plattformen entwickeln alternative soziale Netzwerke Ansätze, den Usern die Kontrolle über ihre Daten zurückzugeben – Ansätze, die oft auch technisches Fachwissen erfordern. Doch die Formen der Medienkompetenz ändern sich – wer hätte vor 20 Jahren erwartet, heute alltäglich mit Symbolen wie @, http:// und Fwd: zu arbeiten? Womöglich werden Facebook & Co. einmal von medienkompetenten Usern selbst abgeschafft. ♦

Jana Herwig ist Universitätsassistentin am Institut für Theater-, Film- und Medienwissenschaft der Universität Wien und befasst sich u.a. mit den Themen Social Media und Web 2.0.

TERMINKALENDER

Montag, 14. 2.

Erinnerungen

Die SPÖ Frauen laden anlässlich des 72. Geburtstags von Johanna Dohnal zu einer Gedenkveranstaltung in das Johanna-Dohnal-Archiv im ehemaligen Vorwärts-Haus. Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek wird u.a. mit den Johanna-Dohnal-Preisträgerinnen Faika El-Nagashi, Ulrike Kuchner und Heidi Niederkofler Erinnerungen austauschen. Andrea Eckert liest Texte der ehemaligen Frauenministerin. Musikalisch wird die Veranstaltung vom Femous Orchestra umrahmt. Das Programm wird um 18 und um 20 Uhr geboten.

Johanna-Dohnal-Archiv im ehemaligen Vorwärts-Haus,
Rechte Wienzeile 97, 1050 Wien

Montag, 14. 2.

Österreich 2020 – Zukunftsdiskurs

Das Renner-Institut Steiermark lädt zum „Österreich 2020-Zukunftsdiskurs Gesundheit“. Gesundheitsminister Alois Stöger diskutiert zum Thema „Gesund bleiben! Die Zukunft unseres Gesundheitssystems“ mit Ursula Lackner (Gesundheitssprecherin der SPÖ Steiermark), Ernst Fartek (Vorstandsdirektor der KAGes) und NRBg. Josef Muchitsch (Vorstandsmitglied der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse). Anmeldung: per E-Mail an jutta.wolf@spoe.at oder telefonisch unter 0316/702-625

Beginn: 18.30 Uhr

Minoriten Graz, 1. Stock, Franziskussaal,
Mariahilferplatz 3, 8020 Graz



Dienstag, 22. 2.

Podiumsdiskussion

In Zusammenarbeit zwischen dem Bruno Kreisky Forum und dem Jüdischen Museum Wien findet eine Podiumsdiskussion über Bruno Kreisky und seine jüdische Identität im Wien Museum statt. Unter der Moderation von Rainer Nowak („Die Presse“) diskutieren Helene Maimann (Filmemacherin), Oliver Rathkolb (Historiker) und Daniel Charim (Rechtsanwalt).

Beginn: 18.30 Uhr

Wien Museum,
Karlsplatz, 1040 Wien

Donnerstag, 24. 2.

Festveranstaltung

Die SPÖ Frauen und das Renner-Institut laden zur Festveranstaltung „100 Jahre Internationaler Frauentag“. Gemeinsam soll der Frage nachgegangen werden, wie die Verwirklichung von Chancengleichheit in allen Lebensbereichen vorangetrieben werden kann. Nach einem Film zum 8. März diskutieren Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek, die Filmemacherin Nina Kusturica, Angelika Reitzer (Schriftstellerin) und Deborah Sengl (Bildende Künstlerin). Elysha Fields wird zudem eine Musikperformance beitragen. Anmeldung: Johanna Kühbauer, Tel. 01/804 65 01-43 oder kuehbauer@renner-institut.at

Beginn: 18.30 Uhr

Renner-Institut, Europasaal,
Eingang Gartenhotel Altmannsdorf 2,
Oswaldgasse 69, 1120 Wien

Freitag, 25. 2.

Podiumsdiskussion

„Europa am Scheideweg: Kommt die gemeinsame Finanz- und Wirtschaftsregierung?“ Zu diesem Thema diskutieren im Renner-Institut unter der Moderation von Christoph Matznetter (SPÖ-Wirtschaftssprecher) Ewald Nowotny (Gouverneur der Österreichischen Nationalbank), Marianne Kager (ehem. Chef-Ökonomin der BA-CA) und Hannes Swoboda (EU-Abgeordneter, SPÖ). Klaus Gretschnann (Generaldirektor für Binnenmarkt und Industriepolitik im Rat der EU) und Hans-Helmut Kotz (ehem. Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank) geben vor der Diskussion Impulsstatements ab.

Dauer: 12.30 bis 15.30 Uhr

Renner-Institut, Europasaal,
Eingang Gartenhotel Altmannsdorf 2,
Oswaldgasse 69, 1120 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:

SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18,

Chefredakteur: Mag. Thomas Geiblinger,

Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler,

Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel,

Mag^a Alexandra Hopf, Mag^a Birgit Jung,

Philipp Lindner, Martin Oppenauer, Mag^a Sophia

Schönecker, Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber

Bildredaktion: Emil Goldberg,

Layout: Thomas Lehmann, Coverfoto: picturedesk (2),

BKA. Bildbearbeitung: Max Stohanzl

Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275

Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels &

Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97

Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt,

E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at

Einzelpreis: 0,73 Euro; Abo: 21 Euro

RI-GALERIE

Vernissage von Thomas Fatzinek „Als die Nacht begann“

Thomas Fatzinek schneidet seine Polit-Comics zur Geschichte der österreichischen und internationalen Arbeiterbewegung für den traditionsreichen Hochdruck, der seit dem 15. Jahrhundert für politische Information und Agitation genutzt wird. Fatzineks Bildgeschichten erzählen vom US-amerikanischen Justizmord an den italienischen Anarchisten Sacco und Vanzetti, von den Kämpfen in Wien von 1927 bis 1934 und vom antifaschistischen Widerstand.

Dauer der Ausstellung:

18. Februar bis 29. April

Öffnungszeiten:

Mo-Do 8 bis 17 Uhr, Fr 8 bis 13 Uhr

Ort:

Khleslplatz 12, 1120 Wien

Eröffnung: Mittwoch, 16. Februar, 18 Uhr

Um Anmeldung bei Frau Christine

Eichinger unter 01/804 65 01 36 oder

eichinger@renner-institut.at wird

gebeten.





Ein Lied ...

... aus Schülermund gab es für Bundeskanzler Werner Faymann bei seinem Besuch der Neuen Mittelschule im Tiroler Absam. Die Schülerinnen und Schüler haben gemeinsam mit ihrem Musiklehrer das „Bundeskanzlerlied“ komponiert.



Einen Blumenstrauß ...

... überbrachte die frisch gebackene steirische Blumenkönigin Lisa Elsnegg Landeshauptmann Franz Voves. Die Blumengrüße der Gärtnere und Floristen haben in der Steiermark seit Jahrzehnten Tradition.



Eine Ausstellung ...

... lockt dieser Tage besonders viele Besucher in die Albertina – so auch Kulturministerin Claudia Schmied und Albertina-Direktor Klaus Albrecht Schröder. Die Rede ist von der Schau zum „Blauen Reiter“ (4.2. bis 15.5.).

Ein Zentrum ...

... für Weltraumforschung von Siemens besuchte Infrastrukturministerin Doris Bures. Die europäische Weltraumindustrie ist ein wichtiger Abnehmer von österreichischer Spitzentechnologie.